

Fragen zum Wald und zu Landesforsten Rheinland-Pfalz mit seinen Beschäftigten anlässlich der Landtagswahl 2021

Antworten des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

1. Familienpolitik und Grundgesetz

Hält es Ihre Partei für mit dem GG (Art. 6,1) vereinbar, dass Kosten und Wertschöpfung der Kindererziehung so stark auseinanderfallen, wie das seit Jahrzehnten der Fall ist, indem die erwerbstätig gewordenen Kinder den kinderlosen Erwerbstätigen, die weniger Kinderkosten getragen haben, in der Regel höhere Renten finanzieren müssen als den eigenen Eltern?

Hält es Ihre Partei für mit dem GG (Art. 6,2) vereinbar, dass der Staat über die gesetzliche Zuerkennung oder Nicht-Zuerkennung staatlicher Leistungen, Eltern in ihrer Entscheidung, wie sie ihre Kinder erziehen, zu beeinflussen versucht, wie das durch die Ausgestaltung des Elterngeldgesetzes und die abschließliche Finanzierung der Fremdbetreuung geschieht?

Für uns steht außer Frage, dass Familien die Unterstützung bekommen müssen, die sie brauchen, um nach ihren Vorstellungen leben und wachsen zu können. Wir als SPD arbeiten in Rheinland-Pfalz weiter an besten Voraussetzungen für unsere Familien: Mit einem flächendeckend ausgebauten und gebührenfreien Kita- und Ganztagschulangebot haben sehr gute Bedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geschaffen. Familien schildern uns immer wieder, dass sie gerne in Rheinland-Pfalz leben, weil sie hier Beruf und Familie vereinbaren können und ihre Kinder in einer Umgebung aufwachsen, in der sie gesund und glücklich groß werden können. Selbstverständlich spielen in diesem Kontext darüber hinaus auch die von Ihnen erwähnten bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen eine Rolle.

2. „Kinderrechte“ ins Grundgesetz?

Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass das Kinderrecht auf Betreuung durch die Eltern besser verwirklicht wird? Wie soll der Gefahr vorgebeugt werden, dass eine neue Passage im GG zum Vorwand genommen wird, die Erziehungsarbeit der Eltern noch stärker zu behindern, als das schon bisher geschieht?

Wir begrüßen die aktuelle Entwicklung rund um das Thema „Kinderrechte im Grundgesetz“, die auf Bundesebene geführt wird und werden diese weiterhin konstruktiv im Sinne einer aus Sicht des Kindes und der Eltern guten Lösung begleiten.

3. „Gleichstellungspolitik“

Wird sich Ihre Partei für eine Gleichberechtigung der Mütter und Väter auf der Grundlage einer Gleichbewertung von Erziehungsarbeit und herkömmlicher Erwerbsarbeit einsetzen, auch wenn die Kinder länger als das erste Lebensjahr von den Eltern selbst betreut werden?

und

4. Honorierung der Elterlichen Erziehungsarbeit

Wird sich Ihre Partei im Landtag dafür einsetzen, dass eine finanzielle Gleichberechtigung von Eltern, die ihre U3-Kinder selbst betreuen, verwirklicht wird, um eine echte Wahlfreiheit herzustellen?

Ein zentraler Baustein der Gleichstellung ist die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit, die wir weiter fördern wollen. Dadurch, dass wir Eltern gerade in den der Startphase ihrer Familie den Rücken stärken und ihnen Freiräume verschaffen, ermöglichen und honorieren wir die Übernahme von Erziehungsarbeit – gerade auch durch Väter.

Viele Mütter und Väter wünschen sich insbesondere in den Jahren, in denen die Familie sie besonders braucht, kürzere und gerechter verteilte Zeiten für Erwerbs- und Familienarbeit. Denn mehr Zeit mit der Familie ist für Viele der eigentliche Wohlstand! Wir setzen uns für die Einführung einer Familienarbeitszeit ein, die eine 30-/32-Stunden-Woche für beide Elternteile mit einem temporären Lohnausgleich vorsieht. Außerdem streiten wir für eine Ausweitung der „Vätermonate“ bei der Elternzeit als einem weiteren Element für eine bessere Verteilung der Familienarbeit.

Frauen und Männer, die sich in schwierigen Lebenssituationen befinden, unterstützen wir ganz besonders. Dazu gehören Alleinerziehende, deren berufliche Integration wir unterstützen und für die wir die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung weiter verbessern wollen. Klar ist für uns, dass sie bevorzugt von staatlichen Unterstützungsleistungen für eine bessere Vereinbarkeit profitieren sollen.

5. Elterngeldgesetz

Wird sich Ihre Partei im Bundesrat für eine Beseitigung der sich aufgrund des Elterngeldgesetzes ergebenden Diskriminierung von Mehr-Kind-Eltern und von jungen Eltern einsetzen?

Wir begrüßen ausdrücklich die von SPD-Familienministerin Franziska Giffey angestoßene Reform des Elterngelds als eine der zentralen Familienleistungen des Bundes – er stärkt Vereinbarkeit und Partnerschaftlichkeit. Wir werden jede weitere Verbesserung beim Elterngeld nach Kräften unterstützen.